



Südafrika: Die Gewerkschaft Sadsawu unterstützt Hausarbeiterinnen während der Covid-19-Krise mit Nothilfe, aber auch im Kampf für ihre Rechte, hier vor einem Gerichtsprozess gegen sexuelle Übergriffe.

Foto: Sadsawu

Soziale Bewegungen und Covid-19 im globalen Süden

Mit Solidarität gegen Pandemie, Prekarität und Hunger

Während in Europa trotz gewissen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie eine Art Alltag mit Vorsichtsmassnahmen eingekehrt ist, ist die Realität von Millionen Menschen im globalen Süden weit davon entfernt. Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter haben ihr Einkommen verloren und kämpfen ums Überleben. Partnerorganisationen berichten uns, dass Regierungen in manchen Ländern nicht genug unternehmen, um die Bevölkerung vor der Ausbreitung des Virus beziehungsweise vor den Folgen der Quarantänemassnahmen zu schützen. Anstelle der Regierungen übernehmen die sozialen Bewegungen diese Aufgaben. So etwa die Gewerkschaft der

Holz- und Bauarbeiter*innen in Togo (FTBC), die an öffentlichen Plätzen und in Betrieben Wasser und Seife zur Verfügung stellt. Oder die südafrikanische Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen Sadsawu, die ihre Mitglieder, die keinerlei Einkünfte mehr haben, mit Nahrungsmitteln unterstützt. In den ländlichen Gebieten Kolumbiens kann die Landbevölkerung aufgrund der Quarantäne ihre Produkte nicht mehr verkaufen. Gleichzeitig ist Gewalt gegen Frauen und Kinder angestiegen. Die Frauenbewegung in Cajibío sorgt mit einem Produktionsprojekt dafür, dass Frauen der Gewalt entkommen und mit einer vielfältigen Produktion für eine gesunde Ernährung sorgen können.

Vielerorts müssen sich soziale Bewegungen, die mit Solidarität gegen die Pandemie, gegen Prekarität und Hunger kämpfen, zusätzlich gegen Repression wehren. So wurde eine langjährig bestehende Siedlung der brasilianischen Landlosenbewegung MST geräumt – obwohl die MST seit Beginn der Gesundheitskrise unzählige Tonnen Nahrungsmittel, die in ihren Siedlungen angebaut werden, an die notleidende Stadtbevölkerung verteilt hat.

Vom Angriff auf grundlegende Rechte, etwa von willkürlichen Entlassungen, berichten auch weitere Partnerorganisationen. Nicht zurück zur Normalität, die bereits Ungerechtigkeit, Armut und die Klimaerhitzung verursacht, ist ihr Ziel. Soziale Bewegungen leisten aktuell dringend nötige Nothilfe und Gesundheitsvorsorge, gleichzeitig kämpfen sie weiter für grundlegende Rechte und soziale Gerechtigkeit. Sie darin solidarisch zu unterstützen und zu stärken, ist zentral.

Merci für Ihre Unterstützung!

Südafrika: Unterstützung durch die Gewerkschaft ist gefordert

Hausarbeiterinnen nach Lockdown

Hausarbeiterinnen waren vom strengen Lockdown in Südafrika besonders betroffen. Die meisten verloren ihr Einkommen vollständig. Zwar richtete die südafrikanische Regierung einen Solidaritätsfonds ein, der Arbeiter*innen eine Entschädigung für ihren Lohnausfall ermöglichte. Jedoch waren nur solche Erwerbstätige antragsberechtigt, die beim Arbeitsministerium eingetragen sind. Eine Voraussetzung, die Hausarbeiterinnen oft nicht erfüllen. Aber auch Hausarbeiterinnen, die eingetragen sind, erhielten keine Entschädigung, weil der Antrag übers Internet eingereicht werden musste und sie über keinen entsprechenden Zugang verfügen. Die Hausarbeiterinnengewerkschaft Sadsawu wurde in der Folge mit Anrufen von Hausarbeiterinnen überhäuft, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Obwohl der Lockdown inzwischen etwas gelockert wurde, ist die Situation der Hausarbeiterinnen nach wie vor kritisch.

Die Gewerkschaft hat seit Beginn der Quarantänemaßnahmen zahlreiche Arbeiterinnen mit Beiträgen für Nahrungsmittel und Prepaidkarten unterstützt. Letzteres ist nicht unwesentlich, da es den Kindern die Teilnahme am Online-Unterricht ermöglicht, damit sie nicht den Anschluss in der Schule verlieren. Doch die Anfragen um Unterstützung haben weiter zugenommen und Sadsawu ist auf Solidarität angewiesen.

Die Gewerkschaft selbst hat einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen verloren, weil viele Mitglieder ums Überleben kämpfen und ihren Beitrag nicht mehr bezahlen können. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Unterstützung durch die Gewerkschaft drastisch angestiegen. Umso wichtiger ist es, dass Sadsawu ihre Arbeit für die Verbesserung der Situation der Hausarbeiterinnen und für ihre Rechte aufrechterhalten kann – während der Pandemie, aber auch in Zukunft.

Kolumbien: Selbstwertgefühl und Gesundheit stärken

Frauen gegen Gewalt

Infolge der Covid-19-Pandemie haben die bäuerlichen, indigenen und afrokolombianischen Gemeinschaften strikte Quarantäne erlassen und kontrollieren, wer in ihr Territorium ein- und ausreist, um die Verbreitung des Virus zu verhindern. Für die Bewohner*innen bedeutet

dies, dass sie weder auf anderen Bauernhöfen bei der Ernte mithelfen und Geld dazuverdienen noch ihre eigenen Produkte auf den regionalen Markt tragen können. Das hat für die Familien eine drastische Einkommenseinbuße zur Folge, was dazu führt, dass sie sich

den Zukauf von Nahrung nicht mehr leisten können. Kommt hinzu, dass durch die Quarantäne, aber auch durch die Verunsicherung und durch die Prekarität die Gewalt gegen Frauen und Kinder angestiegen ist.

Die Frauenbewegung in Cajibío im Südwesten Kolumbiens startet vor diesem Hintergrund ein Produktionsprojekt für Frauen. Damit sollen die Teilnehmerinnen dazu angeleitet werden, ihre landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren, um eine gesunde, ausgeglichene Ernährung ihrer Familie sicherzustellen. Durch den Anbau und die Wiederaneignung von traditionellen Heilkräutern soll ebenfalls das Immunsystem der Gemeinschaftsmitglieder gestärkt werden. Bei dem Produktionsprojekt geht es aber auch darum, die Frauen in ihrer Autonomie zu stärken. Mit der neuen Produktion werden Räume geschaffen, damit sich die Frauen treffen und kollektiv arbeiten können. Dies ermöglicht ihnen, der Gewalt zu entkommen und gleichzeitig zur Verbesserung der Situation ihrer Familie beizutragen. Ihr Selbstwertgefühl, aber auch ihr Ansehen in der Gemeinschaft werden dadurch gestärkt.



Frauen der Bewegung an einem Treffen gegen Gewalt. (2019)

Foto: Archiv

Brasilianische Landlose kämpfen gegen Räumung während der Pandemie

Mitte August führte die Militärpolizei im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais eine brutale Räumungsaktion gegen die Landlosensiedlung Quilombo Campo Grande durch. Als erstes wurde die Schule zerstört, dann der Lagerraum für Nahrungsmittel. Die Siedlung war vor 22 Jahren aufgebaut worden, 450 Familien produzieren dort seither Nahrung. Die Siedlung sollte schon lange der Landreform zugeführt werden, jedoch hob der Gouverneur Romeu Zema das entsprechende Dekret auf und ordnete die Räumung der Siedlung an – inmitten der Pandemie und obwohl die Landlosenbewegung MST gerade in dieser kritischen Zeit mit der Verteilung von in den Siedlungen produzierten Lebensmitteln dafür sorgt, dass der Hunger der Bevölkerung an den Stadträndern gelindert wird. «Die Landlosen leisten weiter Widerstand und bauen gesunde Nahrungsmittel für die brasilianische Bevölkerung an. Null Räumung!» schreibt die MST.



Die Gewerkschaft FTBC sorgt dafür, dass im öffentlichen Raum Wasserspender mit Seife zur Verfügung stehen.

Foto: FTBC-Togo

Togo: Kampf gegen Covid-19

Gewerkschaft sorgt für Gesundheitsschutz

«Die Aussichten für die Zukunft sind düster» sagt Ayao Gbandjou, Generalsekretär der togoischen Holz- und Bauarbeiter*innengewerkschaft FTBC-Togo. Die Baubranche im Land ist praktisch zum Stillstand gekommen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter sind erwerbslos geworden. Andere werden von ihren Arbeitgebern unter dem Vorwand der Coronakrise entlassen. Auf diese Weise können die Unternehmen gewerkschaftlich aktive Arbeiter*innen loswerden und neue unter schlechteren Bedingungen anstellen. Da rund 98 Prozent der Bevölkerung keine Sozialversicherung haben, fällt das Einkommen vieler Menschen weg.

Hinzu kommt, dass sich die Pandemie in Togo weiterhin ausbreitet. Nach einer kurz dauernden Abschwächung befinden sich die Zahlen seit Juli wieder im Steigen. Die Regierung hat die Sozialpartner eingeladen, sich aktiv für die Eindämmung des Covid-19-Virus einzusetzen. Doch dies müssen die Sozialpartner auf ihre eigenen Kosten tun, finanzielle Unterstützung stellt die Regierung für diese Arbeit keine bereit. Trotz der schwierigen Ausgangslage

setzt die FTBC alles daran, ihre Mitglieder zu unterstützen, ebenso wie Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in einer prekären Situation befinden. «Wir müssen jetzt zusammen mit Unternehmen, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie mit der Politik angemessene Lösungen finden, um diese schwierigen Zeiten zu überstehen», sagt Ayao Gbandjou. Als ersten Schritt hat die FTBC zusammen mit der von ihr mitbegründeten Arbeiter*innen-Krankenversicherung MUPROSI (Mutuelle de protection sociale des travailleurs du secteur informel) und mit Unterstützung des SOLIFONDS Anfang Juli eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zu Covid-19 lanciert.

Wasser und Seife: unverzichtbar

Eine erste Priorität ist die Verteilung einer der wichtigsten Ressourcen im Kampf gegen Covid-19: Seife und Wasser. Viele Mitglieder der FTBC haben keinen Zugang zu fließendem Wasser oder Seife. Seit Juli ist die FTBC unterwegs und stellt mobile Waschvorrichtungen in Quartieren der Hauptstadt Lomé auf, aber auch in abgelegenen

Dörfern im Landesinneren. So stehen jetzt mehrere Wasserspender mit Seife, zu bedienen mit einem Fusspedal, auf dem grossen Markt in Lomé, wo mit Baumaterial gehandelt wird. Auch in vielen Betrieben, beispielsweise in Schreinereien oder Baufirmen, hat die Gewerkschaft FTBC bereits Vorrichtungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter zum Händewaschen bereitgestellt.

Für die Arbeiter*innen da sein

Die Verteilung der Waschvorrichtungen nützt die FTBC ebenfalls für Sensibilisierungsarbeit zur Pandemie. Damit insbesondere auch die besonders vulnerablen informellen Arbeiter*innen erreicht werden, setzt die FTBC neben Plakaten und Flugblättern auch Radiospots ein. Eine Informationskarawane der Gewerkschaft ist zudem mehrmals ins Landesinnere gereist, um auf Französisch und in den lokalen Sprachen über Schutzmassnahmen aufzuklären. In verschiedenen Vierteln der Hauptstadt Lomé besuchen Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten in einer Tür-zu-Tür-Kampagne die Bewohner*innen und informieren sie über die nötigen Schutzmassnahmen und über die Möglichkeit, an Nahrungsmittelunterstützung zu gelangen. Für die FTBC ist klar, dass diese schwierigen Zeiten nur überwunden werden, indem die Gewerkschaften die Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen und zusammen mit ihnen ein neues Togo aufbauen.



«Wir geben unsere Rechte nicht auf.» Arbeiterinnen im Protest, 2019.

Foto: WAC-MAAN

Israel/Palästina: Klage gegen sexuelle Belästigung

Palästinenserinnen kämpfen für Respekt

Wer West-Jerusalem auf der Autobahn Richtung Jericho verlässt, hat das Gefühl, Israel nicht verlassen zu haben. Auf beiden Seiten der Autobahn breiten sich Siedlungen und Industriegebiete aus. Aber wir befinden uns nicht in Israel, sondern in der Zone C, also in den besetzten palästinensischen Gebieten, die der zivilen und militärischen Kontrolle der israelischen Armee unterliegen.

In diesen Industriegebieten arbeiten viele Palästinenserinnen und Palästinenser. Obwohl die israelischen Arbeitgeber angehalten sind, israelischen wie palästinensischen Arbeiter*innen den gleichen Lohn zu bezahlen, ist das Salär von Palästinenser*innen oft tiefer, Leistungen werden unterschlagen oder ihnen werden keine Pausen- oder WC-Räume zur Verfügung gestellt. Doch die Angst, die Stelle zu verlieren, bringt viele Arbeiterinnen und Arbeiter zum Schweigen und hat bisher eine gewerkschaftliche Organisation erschwert.

Arbeiterinnen und Arbeiter ermächtigen

Jedoch haben in den letzten Jahren engagierte Arbeiterinnen und Arbeiter mit Unterstützung der Arbeitsrechtsorganisation WAC-MAAN Basisgewerkschaften in diesen Industriegebieten ins Leben gerufen. Einige Erfolge konnten bereits erzielt werden, wie der Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in einzelnen Betrieben. WAC-MAAN ist eine Seltenheit in der gewerkschaftlichen Landschaft Israels: Die Organisation unterstützt sowohl israelische wie palästinensische Arbeiter*innen in Israel und Teilen der besetzten Gebiete darin, sich in Basisgewerkschaften zu organisieren, dies seit 30 Jahren.

Diese konsequente Arbeit bestärkt viele Palästinenser*innen darin, ihre Arbeitsrechte einzufordern. So hat eine Arbeiterin den Mut aufgebracht, bei WAC-MAAN einen Fall von sexueller Belästigung zu melden. Bei ihrer Arbeit wurden sie und weitere palästinensische Arbeiterinnen von einem Vorarbeiter systematisch unter Drohung der Kündigung sexuell belästigt. Als die Arbeitsrechtsorganisation WAC-MAAN von diesem Fall erfuhr, forderte sie den Betrieb auf, Massnahmen einzuleiten, um die Übergriffe zu unterbinden. Doch der Betrieb stritt die Vorwürfe ab und verweigerte jeglichen Dialog. WAC-MAAN hat deshalb zusammen mit zwei betroffenen Frauen entschieden, mit Unterstützung des SOLIFONDS juristisch gegen den Betrieb vorzugehen, und hat eine Klage wegen sexueller Belästigung eingereicht. Die Klage bestärkt die Arbeiterinnen darin, weiter für ihre Rechte und für mehr Respekt zu kämpfen.

JA zur Konzernverantwortungsinitiative!

Am 29. November kommt die Konzernverantwortungsinitiative nach langen Diskussionen im Parlament zur Abstimmung. Zusammen mit über 120 weiteren Organisationen setzt sich der SOLIFONDS für ein Ja ein. Die Initiative verlangt etwas, das selbstverständlich sein sollte: Wenn Schweizer Konzerne gegen Menschenrechte verstossen und die Umwelt verschmutzen, sollen sie dafür geradestehen müssen, egal ob sie das in der Schweiz oder anderswo tun. Beispielsweise wenn die Kupferschmelze des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore im sambischen Mufulira so viel Schwefeldioxid ausstösst, dass die Bewohner*innen und Minenarbeiter an den Atemwegen erkranken und landwirtschaftlicher Anbau nicht mehr möglich ist. Der SOLIFONDS hat in den letzten Jahren die Betroffenen dabei unterstützt, von Glencore eine Verbesserung der Situation einzufordern.

Doch in Zukunft soll es rechtlich möglich sein, gegen solche Missstände vorzugehen. Es ist deshalb wichtig, dass Sie am 29. November ein Ja für Konzernverantwortung in die Urne legen. Mobilisieren Sie auch Ihr Umfeld, machen Sie die Initiative sichtbar, und bestellen Sie gratis Kampagnenmaterial.

www.konzern-initiative.ch

Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative!

Ebenfalls am 29. November wird über die Kriegsgeschäfte-Initiative abgestimmt. Die SNB, die AHV, Pensionskassen und die Mehrheit der Schweizer Banken investieren Milliarden in das Geschäft mit dem Krieg. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will Investitionen in Kriegswaffenhersteller verbieten lassen. Kriegerische Auseinandersetzungen haben Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Die Initiative wird von vierzig Organisationen unterstützt, darunter der SOLIFONDS. Wir sind überzeugt, dass die Annahme dieser Initiative ein Beitrag zu einer friedlicheren Welt ist.

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7
Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)